

An den
Gemeinderat der Stadt Villach
Rathausplatz 1
9500 Villach

Dringlichkeit: JA
Entrop: Nein

01.07.2022

Dringlichkeitsantrag der FPÖ Gemeinderäte
gemäß § 42 Villacher Stadtrecht

Resolution an die Bundesregierung

Keine Impfpflicht über die Hintertür

Medienwirksam hat die Bundesregierung am 23.6.2022 den Impfzwang offiziell begraben. Das ist ein wichtiger Teilerfolg für die hunderttausenden Bürger, die sich mit friedlichen Protestaktionen gegen die angedrohte Impfpflicht ausgesprochen haben. Einige Teile des COVID-19-Maßnahmengesetzes und der unlängst beschlossenen Änderungen des Epidemie-Gesetzes ermöglichen es nach wie vor, Verkehrsbeschränkungen für „Ungeimpfte“ auszusprechen.

Immer noch ist es möglich, einen Lockdown für Ungeimpfte zu verhängen. Der Gesundheitsminister kann auf Grundlage des COVID-19-Maßnahmengesetzes etc. jederzeit einen indirekten Impfzwang wieder einführen. Besonders bedenklich ist die Möglichkeit eines Verbots für Versammlungen (Demonstrationen) für Ungeimpfte. Dies öffnet der Willkür Tür und Tor und könnte dazu missbraucht werden, Regierungskritiker mundtot zu machen.

Für eine Rückkehr zur Normalität müssen jedenfalls diese Hintertüren, mit denen eine Regierung Grundrechte - ohne aktive Kontrolle durch das Parlament - jederzeit aushebeln kann, geschlossen werden.

ANTRAG

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen:

Die Bundesregierung wird zum Schutz der Bürger aufgefordert, die bestehenden Hintertüren abzuschaffen, über die ein indirekter Impfzwang durchgesetzt werden bzw. regierungskritischen Bürgern u.a. die Teilnahme an Versammlungen - und in weiterer Folge Demonstrationen - verboten werden kann.